

12.11.2020

Außerordentlicher Gewerkschaftstag: „Wir wollen mitmischen“

Zu einem Gewerkschaftstag gehört es, in die Zukunft zu blicken aber auch Bilanz zu ziehen. Im weiteren Verlauf der durchweg digital abgehaltenen Veranstaltung kamen auch Vertreter*innen der sogenannten Personen- und Fachgruppen zu Wort. Sie gehören in den Bereich von Martin Burkert. Wo sie ihre aktuellen Herausforderungen und künftigen Arbeitsschwerpunkte sehen, haben sie jeweils dargelegt.



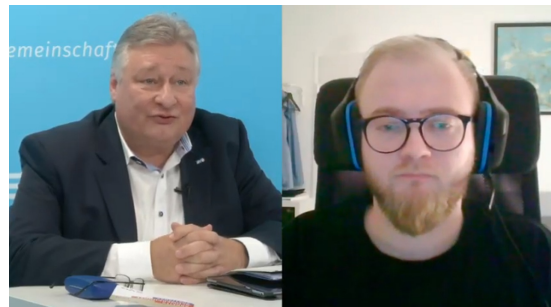
Heinrich Klumpe

„Wir haben eine vorbildliche Seniorenarbeit, die auch vom DGB sehr geschätzt wird“, leitete Burkert die Runde ein. Sie sei eine gesellschaftspolitische Aufgabe für alle, mahnte Burkert, nicht nur in Corona-Zeiten. Ein Schwerpunkt, vor allem in der Seniorenarbeit, liege in der

Mitgestaltung der sozial ausgewogenen Beitragsgestaltung in der Pflegeversicherung. „Es könne nicht sein, dass Versichertenbeiträge zur Gewinnmaximierung privater Anbieter beitrage“, so Heinrich Klumpe, Mitglied der Bundesseniorenleitung (BuSL). „Wir brauchen eine Umstellung von einer Teilkasko- zu einer Vollkaskoversicherung in der Pflege“.

Zu den weiteren Schwerpunkten, bei denen die BuSL weiterkommen möchte, gehört ganz klar mehr Förderung im Umgang mit und bei der Digitalisierung. Entsprechende Förderprogramme sollten dazu in einem Digitalpakt Alter zusammengefasst und angeboten werden, forderte Klumpe. Bewerbstelligen könne dies aus Sicht der Senior*innen unter Umständen ein spezielles TV-Programm. Während einerseits die digitale Teilhabe forciert werden solle, schwebte ihnen aber auch ein Senior*innen-Mitwirkungsgesetz für die Teilhabe OHNE Digitalmedien vor. „Es gibt viele ältere Menschen, die nicht über Rechner, Laptop & Co. verfügen“, so Klumpe. „Wir wollen mitmischen, digital oder analog“.

So gehe es auch der Jugend, nahm Daniel Rehn den Faden als Vorsitzender der Bundesjugendleitung auf. „Auch wir wollen Verantwortung bei aktuellen Herausforderungen übernehmen“, stellt Daniel klar. Dies sei unter anderem bei der Steigerung der Frauenquote in den jüngst gewählten Jugend-und Auszubildendenvertretungen (JAV) gelungen. Jetzt geht es darum, dass sich die Jugendgremien bestens vernetzen. Gerade zu Zeiten der Pandemie solle jede*r wissen, wo, wie, wann fange ich als neugewählte*r JAVi an“.



Martin Burkert, Daniel Rehn

Daniel hob die gerade erst beschlossene Änderung der Richtlinie für die Jugend als erfolgreiches Modell hervor. Sie wird die Arbeit wirkungsvoller machen. Die Möglichkeit einer Doppelspitze als eine Option, einheitlich strukturierte Wahlverfahren und die verringerte Amtszeit (2 statt 5 Jahre) werden als attraktive Argumente für das Engagement junger Menschen in der EVG eingeschätzt. Die ebenfalls auf BuVo-Beschluss halbierte Gremiengröße machten die Jugend-Gremien darüber hinaus handlungsfähiger.

Auch bei den EVG-Frauen bestehe eine hervorragende Vernetzung, lobte die frisch gewählte Bundesfrauenleiterin Nadja Houy. Hier helfen die tollen Angebote für politische Fortbildungen durch unsere EVA-Akademie. Weiterhin klappe die Gremienarbeit bis in die örtlichen Ebenen super, auch wenn Treffen von persönlich auf digital umgestellt werden mussten.



Nadja Houy

Nadja äußerte sich begeistert über den steigenden Anteil von jungen Frauen in der EVG-Jugend. Dies mache eine neue, weitere Verbindung von Frauen- und Jugendarbeit möglich. So könne man neue Möglichkeiten schaffen und wahrnehmen. „Macht mit“, so Nadja Houy.

Mitmischen - das tun auch die Fachgruppen der EVG. Hier bündelt sich der Sachverstand aus den verschiedenen Berufsgruppen, die die EVG vertritt. Die EVG ist eine Gewerkschaft für alle - so formulierte stellvertretend Ralf Jabs die Wahrnehmung vieler Beschäftigter. Vor allem die anstehende Tarifrunde sei für sie das Thema Nr. 1, so der Sprecher der Zentralen Fachgruppe NE-Bahnen, der im digitalen Dialog zugeschaltet war.



Ralf Jabs

Die Beschäftigten der privaten EVU setzen große Hoffnungen auf die EVG, als eine Gewerkschaft für alle. Das hätte auch die erste abgehaltene Zukunftswerkstatt in Fulda gezeigt. Dort konnten die Vertreter*innen der NE-Bahnen ihre Ziele, Wünsche und Vorstellungen gemeinsam kanalisieren.

„Die Tarifrunde 20/21 wird eine große Herausforderung“, so Jabs. Zum einen klappte bis zum Niveau des Branchenführers bei vielen Unternehmen eine große Lücke. Gleichzeitig gerieten Unternehmen mit Netto-Verkehrsverträgen in wirtschaftliche Schwierigkeiten, weil Gelder aus dem Rettungsschirm fehlten. „Wir dürfen dennoch das Ziel einer gemeinsamen Tarifentwicklung nicht aus den Augen verlieren“, mahnte Ralf Jabs.

Am 25. Januar sollen auf einer nächsten NE-Zukunftswerkstatt weitere Kernforderungen für die Tarifrunde beschlossen werden. Aus einer jetzt startenden Befragung per Postkarte sollen aus den Antworten der Beschäftigten gemeinsame Forderungen erarbeitet werden. Einsendeschluss dafür ist der 3. Dezember.

Weitere Schwerpunkte für 2021 sind das Thema „Sicherheit“ und das Projekt „NE-Bahnen und die EVG“. Für die Zukunft erwarten die NE-Bahner*innen unter anderem, dass sie stärker in den EVG-Gremien vertreten sind und dass sich die EVG verstärkt dafür einsetzt, dass der Rettungsschirm für alle Unternehmen greift.



Kristian Loroach

Vorstandsmitglied Kristian Loroach nahm die Erwartungshaltung selbstkritisch auf. „Wir als größte Branchengewerkschaft müssen die NE-Bahnen noch mehr abbilden“. Diesen Auftrag hätte die EVG angenommen und wird sich daran messen lassen

müssen.

Im Tenor gelte dies auch für die Busbetriebe, sagte Loroach. Er musste auf den geplanten Dialog mit Achim Schraml als Vertreter des Busbereiches verzichten. Die Liveschaltung kam leider technisch nicht zu Stande.

Im Bereich Busse ist die Situation aktuell teils dramatisch, bilanzierte Loroach. Es gebe viele Unternehmen, die hochdefizitär fahren; nicht nur coronabedingt. Loroach schickte im gleichen Atemzug eine deutliche Warnung an ÖPNV-Unternehmen: „Wer sich vom Bus trennen will, hat uns zum Gegner“. Die EVG hält daran fest, dass wir eine durchdachte Mobilitätskette brauchen. „Der Bus gehört unweigerlich dazu!“ Zudem sieht sich die EVG als Treiber bei anderen Themen im Busbereich, wie der Novellierung des Personenbeförderungsgesetzes. Darin soll festgeschrieben werden, dass z.B. der neue Betreiber verpflichtet wird, allen betroffenen Beschäftigten ein Übernahmeangebot zu den bestehenden Löhnen und Arbeitsbedingungen zu machen.